

Sozialgericht München, Richelstraße 11, 80334 München

Frau
Silke Schürmann
Unterhachinger Straße 99
81737 München

Ihr Zeichen

Aktenzeichen: Bitte stets angeben
S 17 KR 1519/23

Durchwahl: Datum
089 13062- 12.02.2025
257

Rechtsstreit

Silke Schürmann - Wob! Krankenkasse - Dele

Sehr geehrte Frau Schürmann

zu Ihrem Schriftsatz vom 27.02.25 teile ich Ihnen folgendes mit: Das Gericht kann Ihnen
einemaligen Prozessbevollmächtigten nicht dazu zwingen, den Prozess fortzuführen und zu
beenden. Sie können sich in diesem Verfahren vor dem Sozialgericht selbst vertreten, es
besteht kein Anwaltszwang.

Da hier noch eine Deckungszusage Ihrer Rechtsschutzversicherung besteht, empfehle ich
Ihnen, das weitere Vorgehen mit Ihrer Rechtsschutzversicherung zu besprechen.

Ihr Verfahren ist für den 10.04.2025 zur mündlichen Verhandlung geladen. Sollten Sie einen
neuen Rechtsanwalt beauftragen wollen oder sollte Ihnen Ihre Rechtsschutzversicherung
die Beauftragung eines neuen Rechtsanwalts ermöglichen, könnte der für den 10.04.25
angesetzte Termin ggf. verlagert werden.

Um Stellungnahme **binnen 3 Wochen** wird gebeten.

Mit freundlichen Grüßen
Die Vorsitzende der 17. Kammer

Wagner-Kürn
Richterin am Sozialgericht

Dienstgebäude

Richelstraße 11
München
S-Bahn-Haltestelle
"Donnersbergerbrücke"
Straßenbahnhaltestelle Burghausener Straße Linien 16/17

Besuchszeiten

Mo-Fr 8.30 - 11.30 Uhr
Mo, Di, Do nachmittags nach
Vereinbarung

Telefon (089) 1 30 62 - 0
Telefax (089) 1 30 62 - 223 oder
(089) 1 30 62 - 259
Internet <http://www.lsg.bayern.de>

Hinweise zum Datenschutz
(Art. 13 und 14 EU-DSGVO)
erhalten Sie auf
„www.lsg.bayern.de“ unter der
Rubrik „Datenschutz“, auf
Anfrage auch in Papierform.

Silke Schürmann, Unterhachinger Str. 99, 81737 München

An das Sozialgericht München, Richelstrasse 11, 80634 München

Recht
25.10.25

Betreff: Stellungnahme und vorbereitende Anträge zur mündlichen Verhandlung am 10. April 2025 – Ihr Schreiben vom 12.2.2025

Aktenzeichen: S 17 KR 1519/23

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Hinblick auf die anstehende mündliche Verhandlung am 10. April 2025 nehme ich im Folgenden Stellung und beantrage vorsorglich die Berücksichtigung wesentlicher prozessualer und materiell-rechtlicher Aspekte.

A) Sachverhalt

Ich vertrete mich in diesem Verfahren selbst. Eine berufsrechtliche Pflichtverletzung und Beschwerde nach §43 BRAO wird unter dem **Aktenzeichen BS/131/2025 II / cf**

In der Rechtsanwaltskammer, Berlin geführt

Der Streitgegenstand betrifft die Anerkennung und Umsetzung der Genehmigungsfiktion gemäß § 13 Abs. 3a SGB V hinsichtlich des im Januar/Februar 2023 eingereichten Heil- und Kostenplans. Die **Krankenkasse** hat die Kostenerstattung für Folgemaßnahmen verweigert und sich auf eine angebliche eigenständige Neubewertung der medizinischen Indikation berufen.

Ich betone, dass ich im Vertrauen auf die Genehmigungsfiktion gehandelt hast und keine Kenntnis von einer möglichen materiellen Rechtswidrigkeit der Leistung hattest.

§ 42a VwVfG Hiermit beantrage ich höflich die Ausstellung einer Bescheinigung über die gemäß § 13 Abs. 3a SGB V eingetretene Genehmigungsfiktion bezüglich meines 2023 eingereichten Heil- und Kostenplans."

Ich habe mich bei der Beantragung der Leistung auf die medizinische Einschätzung meines Behandlers verlassen. Dieser hat nicht nur aktiv zur Antragstellung geraten, sondern auch selbst Stellungnahmen abgegeben, eine Begutachtung vorgenommen und meinen Anwalt informiert. Dies zeigt, dass ich im Vertrauen auf die Richtigkeit meines Antrags gehandelt habe und nicht eigenmächtig eine Befundänderung vorgenommen habe. Entsprechend greift hier der Grundsatz des Vertrauensschutzes und § 44 SGB X."

Es gibt ein selbstständiges Beweisverfahren mit dem Aktenzeichen Az.: 15 OH 3/24, das sich mit der Behandlungsqualität und Aufklärungspflicht befasst. Nach § 282 ZPO vorsorglich und vorbehaltlich könnte dies ebenfalls Relevanz für die Bewertung des Sachverhalts haben."

Krankenkasse zur Einhaltung von Treu und Glauben verpflichtet

- **§ 242 BGB (Grundsatz von Treu und Glauben)** gilt auch für öffentlich-rechtliche Verträge und das Sozialrecht.
- Ich erbitte eine Feststellung, dass die Krankenkasse sich nicht treuwidrig verhalten darf

Ich beantrage festzustellen, dass die Krankenkasse nicht berechtigt ist, sich auf eine eigenmächtige Befundänderung zu berufen, wenn diese nicht durch mich, sondern auf ärztliche Anweisung und mit ausdrücklicher Unterstützung eines Gutachters vorgenommen wurde. Dies wäre ein Verstoß gegen den Grundsatz von Treu und Glauben (§ 242 BGB).“

B) Prozessuale Anträge & rechtliche Hinweise

1. Antrag auf richterliche Hinweise nach § 139 ZPO

Ich beantrage ausdrücklich, dass das Gericht mich gemäß § 139 ZPO auf Unklarheiten oder wesentliche rechtliche Gesichtspunkte hinweist, sofern mein Vortrag als Laie nicht vollständig oder korrekt ist.

2. Antrag auf Feststellung der Genehmigungsfiktion gemäß § 13 Abs. 3a SGB V

Die Genehmigungsfiktion ist rechtsverbindlich eingetreten, da die Krankenkasse die Frist zur Entscheidung überschritten hat. Ich beantrage die gerichtliche Feststellung dieser Rechtsfolge und eine verbindliche Verpflichtung der Krankenkasse zur vollständigen Kostenübernahme.

3. Antrag auf Berücksichtigung fehlerhafter Leistungsablehnung gemäß § 44 SGB X

Ich bitte das Gericht zu prüfen, ob die Krankenkasse ihre Entscheidung rechtswidrig getroffen hat, sodass eine Korrektur nach § 44 SGB X geboten ist.

4. Antrag auf Prüfung der Beratungspflichtverletzung durch die Krankenkasse gemäß § 14 SGB I

Die Krankenkasse hat mich nicht umfassend über meine Rechte und die Folgen der Genehmigungsfiktion aufgeklärt. Ich bitte das Gericht, dies im Verfahren zu berücksichtigen.

5. Antrag auf Vertagung bei neuen Sachverhalten gemäß § 227 ZPO

Sollte sich während der Verhandlung die Notwendigkeit ergeben, weitere Beweise oder Argumente nachzureichen, beantrage ich eine entsprechende Terminsverlegung nach § 227 ZPO.

6. Antrag auf Schutz vor Überraschungsentscheidungen gemäß § 139 Abs. 2 ZPO

Falls das Gericht eine neue rechtliche Würdigung vornimmt, die bisher nicht erkennbar war, beantrage ich eine angemessene Frist zur Stellungnahme gemäß § 139 Abs. 2 ZPO.

7. Antrag auf Prüfung der Pflichtverletzungen meines früheren Anwalts und daraus resultierende Folgen gemäß § 675 BGB i.V.m. § 280 BGB

Mein bisheriger Anwalt hat Fristen versäumt und das Mandat niedergelegt, ohne dass mein Verfahren sachgerecht weitergeführt wurde. Ich beantrage eine gerichtliche Prüfung, ob hieraus prozessuale Nachteile für mich entstanden sind.

C) Aufforderung an das Gericht zur proaktiven Unterstützung der Selbstvertretung

Als juristischer Laie bin ich auf eine faire prozessuale Behandlung angewiesen. Daher bitte ich das Gericht, seine Hinweispflicht gemäß § 106 SGG wahrzunehmen und mich bei wesentlichen Verfahrensfragen zu unterstützen.

Ich danke Ihnen für die Berücksichtigung dieser Anträge und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Silke Schürmann



Sozialgericht München, Richelstraße 11, 80534 München

Frau
Silke Schürmann
Unterhachinger Straße 99
81737 München

Ihr Zeichen

Aktenzeichen (Bitte stets angeben)

S 17 KR 1519/23

Durchwahl Datum

089/13062- 07.03.2025
257

Rechtsstreit

Silke Schürmann ./ Mobil Krankenkasse, Celle

Sehr geehrte Frau Schürmann,

zu Ihrem Schriftsatz vom 02.03.25 (Eingang bei Gericht am 06.03.25) teilen wir Ihnen folgendes mit: Es wird nochmals angeregt, mit Ihrer Rechtsschutzversicherung zu besprechen, ob die Deckungszusage für einen neuen Rechtsanwalt gilt oder ggf. ausgesprochen werden kann, da das Verfahren komplexe rechtliche Fragstellungen aufwirft.

Das Gericht darf keine Rechtsberatung erteilen. Ihre Anträge und Ausführungen in Ihrem Schriftsatz vom 02.03.25 sind zum Teil nicht nachvollziehbar und auch zum Großteil nicht sachdienlich.

Der Termin am 10.04.25 wird daher zunächst abgelassen, damit Sie genug Zeit haben, die Angelegenheit mit Ihrer Rechtsschutzversicherung zur klären.

Mit freundlichen Grüßen
Auf richterliche Anordnung
Geschäftsstelle

gez. Bürger-Schmittner

Dieses Schreiben ist maschinell bzw. im automatisierten Verfahren erstellt und daher nicht unterzeichnet.

Dienstgebäude

Richelstraße 11
München
S-Bahn-Haltestelle
"Donnersbergerbrücke"
Straßenbahnhaltestelle Burghausener Straße Linien 16/17

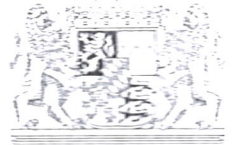
Besuchszeiten

Mo-Fr 8.30 - 11.30 Uhr
Mo,Di,Do nachmittags nach
Vereinbarung

Telefon (089) 1 30 62 - 0
Telefax (089) 1 30 62 - 223 oder
(089) 1 30 62 - 259
Internet <http://www.lsg.bayern.de>

Hinweise zum Datenschutz
(Art. 13 und 14 EU-DSGVO)
erhalten Sie auf
„www.lsg.bayern.de“ unter der
Rubrik „Datenschutz“ auf
Anfrage auch in Papierform

Sozialgericht München



Sozialgericht München, Richelstraße 11, 80634 München

Az.: S 17 KR 1519/23

Abladung

Mit Postzustellungsurkunde

Frau
Silke Schürmann
Unterhachinger Straße 99
81737 München

Ihr Zeichen

Aktenzeichen (Bitte stets angeben)

S 17 KR 1519/23

Durchwahl

Datum

089/13062- 07.03.2025
257

Sehr geehrte Frau Schürmann,

in dem Rechtsstreit
Silke Schürmann ./ Mobil Krankenkasse, Cella

ist der Termin zur mündlichen Verhandlung vom 10.04.2025, um 13:00 Uhr, aufgehoben worden.

Grund der Abladung: siehe gerichtliches Schreiben vom 07.03.2025.

Ihr Erscheinen ist daher nicht erforderlich.

Ein neuer Termin ergeht von Amts wegen.

Mit freundlichen Grüßen
Auf Anordnung der Vorsitzenden der 17. Kammer

gez. Bürger-Schmittner

Dieses Schreiben ist maschinell bzw. im automatisierten Verfahren erstellt und daher nicht unterzeichnet.

Dienstgebäude

Richelstraße 11
München
S-Bahn-Haltestelle
"Donnersbergerbrücke"
Straßenbahnhaltestelle Burghausener Straße Linien 16/17

Besuchszeiten

Mo-Fr 8.30 - 11.30 Uhr
Mo,Di,Do nachmittags nach
Vereinbarung

Telefon (089) 1 30 62 - 0
Telefax (089) 1 30 62 - 223 oder
(089) 1 30 62 - 259
Internet <http://www.lsg.bayern.de>

Hinweise zum Datenschutz
(Art. 13 und 14 EU-DSG)
erhalten Sie auf
www.lsg.bayern.de unter
Rubrik „Datenschutz“
Anfrage auch in Papierform